



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Baden-Württemberg



GesamtElternBeirat der Tübinger Schulen

Gemeinsame Stellungnahme

zum geplanten Schulfach

Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Gymnasien

Die Anhörungsfassung des Bildungsplans Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS) bestätigt unsere Einschätzung, dass ein monodisziplinärer Bezug zu den Wirtschaftswissenschaften und die vorrangige, ökonomische Perspektive einem umfassenden und ausgewogenen Bildungsanspruch nicht gerecht werden. Die Verteilung gesellschaftlicher Themen auf separate Fächer führt, bei begrenzter Jahreskontingentstundenzahl für den Fächerbereich Gemeinschaftskunde-Wirtschafts-Geographie, zu einer Schwächung der gesellschaftlichen Bildung.

Wir kritisieren aufs Schärfste, dass die Einführung des Schulfaches WBS, die zu Lasten der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde geht, ohne vorangehende, ergebnisoffene und öffentliche Diskussion erfolgte. Insbesondere kritisieren wir aber die privilegierte Behandlung zweier Arbeitsgruppen der Dieter von Holtzbrinck Stiftung durch das Kultusministerium und die intensive Zusammenarbeit der Landesregierung mit dieser einseitig interessensgeleiteten Stiftung.

Darum lehnen wir die mit der Bildungsplanreform 2016/2017 geplante Einführung des Schulfachs Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Gymnasien ab.

Gerade angesichts der voranschreitenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche mit gravierenden sozialen und ökologischen Folgen ist eine Einbettung der ökonomischen Bildung in einen Kontext zu Gesellschaft, Natur und Politik unabdingbar. Diesen Anforderungen werden die bisherigen Ankerfächer der ökonomischen Bildung, Geographie und Gemeinschaftskunde, ersteres mit seiner einzigartigen Schnittstelle zwischen Gesellschafts- und Naturwissenschaft, letzteres idealerweise in Kombination mit einer bidisziplinären Lehrerbildung (Politik- und Wirtschaftswissenschaft), in weit besserem Maß gerecht, als ein monodisziplinär ausgerichtetes Fach WBS dazu je in der Lage wäre.

Wir fordern eine multiperspektivisch ausgerichtete, ökonomische Allgemeinbildung. Dadurch wird den Schülerinnen und Schülern Wirtschaft als ein gesellschaftliches Subsystem vermittelt, dessen Normen, Institutionen und Regeln von Menschen geschaffen werden und welches fortwährend, basierend auf politischen und ethischen Grundwerten, einem gesellschaftlichen Gestaltungsprozess unterliegt. Ökonomische Denkkategorien dürfen nie die alleinige oder vorrangige Basis von Werturteilen sein.

Wir empfehlen nachdrücklich, eine ergebnisoffene und öffentliche Diskussion zum Thema ökonomische Allgemeinbildung an Gymnasien zuzulassen (bei Nicht-einführung der Bildungspläne Gemeinschaftskunde, Geographie und WBS an allgemeinbildenden Gymnasien). Sollte die Landesregierung das Schulfach WBS an allgemeinbildenden Gymnasien ohne ergebnisoffene Diskussion einführen, stände dies - wegen der zahlreichen, ablehnenden Stellungnahmen - im deutlichen Widerspruch zu der Aussage „Beteiligung groß geschrieben“.

Darüber hinaus empfehlen wir ausdrücklich die Wiedereinführung des bidisziplinären Lehramtsstudienganges Politik- und Wirtschaftswissenschaften.

Arbeitsgemeinschaft Gymnasialer Eltern im Regierungsbezirk Tübingen (ARGE Tübingen)
Rainer Bergmann, Vorsitzender

Deutscher Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB)
Prof. Dr. Dirk Lange, Bundesvorsitzender

Gesamtelternbeirat der Tübinger Schulen
Dr. Martin Lindeboom, Vorsitzender

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW BW)
Doro Moritz, Landesvorsitzende

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW)
Bernd Saur, Landesvorsitzender

Verband Deutscher Schulgeographen, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Thomas Rosenthal, Landesvorsitzender